Newsletter September 2023

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Haushaltseinbringung vor wenigen Wochen im Landtag mussten wir erneut feststellen, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung für die drängendsten Probleme im Land nicht verantwortlich, nicht zuständig und nicht für kompetent fühlt. Der Haushalt zeigt: Diese Regierung macht ihren Job nicht. Nordrhein-Westfalen hat zu wenig Polizei, zu wenige Lehrer*innen, zu wenige Erzieher*innen. Der Investitionsstau in NRW-Schulen beträgt nach Schätzungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau mindestens 10 Milliarden Euro.

Überall im Land brennt es: in den Kitas, in den Kommunen und in der Wohlfahrtspflege. Doch diese Koalition weigert sich, zu löschen. Stattdessen schiebt sie die Verantwortung immer wieder in Richtung Bundesregierung. „Mit diesem stetigen Fingerzeig nach Berlin ist Hendrik Wüst inzwischen das teuerste Autobahnschild, das NRW je hatte“, stellte unser Fraktionsvorsitzender Jochen Ott in der Haushaltsdebatte passend fest.

Besonders dramatisch ist die Situation vieler Träger im sozialen Bereich, gerade in den Kitas und Offenen Ganztagsschulen. Die Kosten für die dringend notwendige Tarifsteigerung für die Mitarbeiter*innen in diesem Bereich werden von der Landesregierung nicht kompensiert. Das ist ein Skandal! Und dass Ministerpräsident Hendrik Wüst es nicht für nötig hält, einen Brandbrief der freien Wohlfahrtspflege zu beantworten, zeugt von mangelndem Respekt.

Gute Schulen, verlässliche Kitas, bezahlbares Wohnen: Das ist möglich. Und wir werden als SPD-Fraktion nicht davon ablassen, unsere Vorschläge für eine bessere Zukunft immer wieder einzubringen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante Lektüre dieses Newsletters und eine schöne Ferienzeit!

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Träger auskömmlich finanzieren - Kita-Kollaps verhindern

Die Mehrkosten durch die Inflation und die Tarifsteigerungen im sozialen Bereich setzen viele Träger unter wirtschaftlichen Druck. Laut einer Umfrage der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe rechnen vier von fünf Trägern mit einem negativen Jahresergebnis. Jeder dritte Träger im sozialen Bereich sogar mit einem Liquiditätsengpass. Bei den Kita- und OGS-Trägern sieht es noch düsterer aus. Hier rechnen 94 bzw. 90 Prozent mit einem deutlichen Minus. Es droht ein Kita-Kollaps mit Schließungen von Einrichtungen, wenn die Landesregierung nicht endlich entgegensteuert. Das hätte massive Folgen auf die Chancengleichheit unserer Kinder. Das haben uns auch die Dortmunder Kita-Träger bestätigt, die wir Dortmunder SPD-Abgeordneten im August zu einem Dortmunder Kita-Gipfel eingeladen hatten.

In dieser Woche hat Familienministerin Josefine Paul dann endlich reagiert. Sie will den Trägern im Kita-Bereich eine Einmalhilfe von 100 Millionen Euro bereitstellen. Allerdings erst Anfang 2024. Die Anpassung der Kind-Pauschalen für die Kitas ist sogar erst für das Kindergartenjahr 2024/25 vorgesehen. Für viele - gerade kleinere - Träger kommt das viel zu spät. Außerdem reichen diese Mittel nicht aus, um die massiven Kostensteigerungen auszugleichen. Hierzu wären mindestens 500 Millionen Euro erforderlich. In der August-Plenarwoche des Landtags haben wir deshalb ein solches Kita-Rettungspaket eingefordert. Eine weitere Forderung ist ein Bildungsgipfel, der alle Akteure an einen Tisch holt. Die für 2026 geplante Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) muss vorgezogen werden.

Was für die Kitas gilt, gilt auch für die Offene Ganztagsschule (OGS). Grundschüler*innen haben ab 2026 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Doch schon heute sehen sich viele Träger angesichts steigender Personalkosten nicht mehr in der Lage, ihre Angebote weiter zu betreiben. Der Städte- und Gemeindebund hat sogar schon Überlegungen öffentlich gemacht, den Rechtsanspruch bis auf Weiteres auszusetzen. Das gilt es, mit allen Mitteln zu verhindern. Wir fordern deshalb auch für die OGS ein Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro, um den Ganztag zu sichern und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Auch bei den Programmen „Sprach-Kitas“ und „Alltagshelfer*innen“ lässt die Landesregierung die Träger im Regen stehen. Im letzten Jahr strich Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) die Mittel für diese Programme. Ihre NRW-Amtskollegin Josefine Paul tat sich schwer, hierfür eine Lösung zu finden. Ausbaden durften das die betroffenen Mitarbeiter*innen, deren Verträge dreimal nur für wenige Monate verlängert wurden. Und auch aktuell ist die Lösung nicht zufriedenstellend. Zwar steht nun eine Finanzierung bis zunächst Ende 2025 (Sprach-Kitas) und Ende 2027 (Alltagshelfer*innen), dafür werden die Kita-Träger gezwungen, diese Maßnahmen mit 10 Prozent Eigenanteil mitzufinanzieren. In der aktuellen wirtschaftlichen Situation unfassbar. Wir

fordern deshalb, dass beide Programme, die maßgeblich zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit beitragen, im KiBiz gesetzlich verankert werden und die Träger vom Eigenanteil befreit werden.

Antrag „Ministerin Paul sitzt Probleme der frühkindlichen Bildung aus, statt Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Drohenden Kita-Kollaps durch ein Rettungspaket verhindern.“: rb.gy/5mbf6
Antrag „Finger weg vom OGS-Rechtsanspruch – die Landesregierung muss kurzfristig ein Rettungsprogramm für den Ganztag auflegen“: rb.gy/uokc4
Antrag „Kita-Helfer und Sprach-Kitas sichern. Angebot der Opposition annehmen und kurzfristig erste Teile der Kibiz-Revision umsetzen.“: rb.gy/pyi4w
Antrag „Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen stärken“: rb.gy/bbm8i

Wir brauchen einen Deutschland-Pakt Bildung

Die aktuellen Krisen im Bildungssystem – nicht nur in den Kitas - zeigen, dass sich dringend etwas ändern muss. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung für unser Bildungssystem. Chancengleichheit und Wohlstand für alle dürfen nicht zu einer Utopie verkommen. Die NRWSPD, die SPD-Landtagsfraktion, die SPD-Landesgruppe im Bundestag sowie die SGK NRW fordern deshalb einen „Deutschland-Pakt Bildung“. Denn um das Bildungssystem zu reformieren, braucht es einen gelingenden Dreiklang aus Bund, Ländern und Kommunen.

Flugblatt „Wir brauchen einen Deutschland-Pakt Bildung“: rb.gy/cyvmz

Für echte Lernmittelfreiheit - Wie hoch sind die Kosten für Bildung?

Jedem Kind die beste Bildung: Damit das funktioniert, muss Bildung kostenlos sein. Neben der Gebührenfreiheit ist die Lernmittelfreiheit deshalb elementar. Im deutschen Schulsystem ist diese per Gesetz gegeben. Doch nicht alles ist kostenlos. Für die „persönliche Ausstattung“ – Hefte, Stifte, Malkasten, Zirkel, Taschenrechner, Workbooks usw. – müssen Eltern tief ins Portemonnaie greifen. Gerade für diejenigen, die nur ein niedriges Einkommen oder viele Kinder haben, ist das eine enorme Belastung. Wir wollten von der Landesregierung wissen, wieviel Euro pro Jahr so zusammenkommen. Das Ergebnis: Die schwarz-grüne Koalition hat keinen Überblick. Wir haben deshalb in der letzten Plenarsitzung eine landesweite Erhebung beantragt, um die tatsächlichen Jahreskosten zu ermitteln, und fordern auf Basis dieser Erhebung, dass die Lernmittelfreiheit weiterentwickelt wird.

Antrag „Chancengleichheit JETZT. Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbesuch in NRW erheben.“: rb.gy/swx9a
*Video „Das brauchen Erstklässler*innen, wenn sie eingeschult werden“: rb.gy/4j0uz*

Doppelte Niete: Ein Haushalt ohne Antworten und Altschulden ohne Lösung bei den Kommunen

Es ist wieder soweit: Wir beraten über den Landeshaushalt für 2024. Damit ist der Spannungsbogen aber auch schon beendet, denn dieser Haushalt wird den aktuellen Herausforderungen einfach nicht gerecht: Ministerpräsident Wüst und seine schwarz-grüne Koalition planen ihren Haushalt als sei die Welt draußen völlig in Ordnung. Als erlebten wir gerade keine Teuerungskrise. Keine Wirtschaftskrise. Keine Bildungskrise.

Mit über 100 Milliarden Euro ist der Haushalt so groß wie nie zuvor. Ein Plus von 7 Milliarden Euro. Dennoch wird gerade dort gespart, wo es richtig weh tut. Bei den Kitas, bei der Wohlfahrt und auch im Sport. Kita-Träger, Wohlfahrtsverbände und zuletzt sogar die Landessportbünde haben sich mit Notrufen an die Landesregierung gewandt.

Ihnen allen steht das Wasser bis zum Hals. Es fehlt an Personal, es fehlt an Geld, unsere gesamte soziale Infrastruktur droht, Schaden zu nehmen. Doch Hendrik Wüst schweigt. Er hält es nicht einmal für nötig, den Empfang der zahlreichen Protestnoten zu bestätigen. Das macht uns große Sorgen.

Diese Landesregierung hat das Gefühl für die Lage und Not im Land verloren. Sie begreift nicht, dass sie die Verantwortung für das Wohl von Land und Leuten trägt. Ja, sie schiebt die Verantwortung auf die ohnehin gebeutelten Kommunen ab: So ließ sich der NRW-Staatssekretär für Kinder und Familien, Lorenz Bahr, tatsächlich zu folgender Aussage hinreißen: „Wir werden die Kommunen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Kitas und OGS sind in allererster Linie kommunale Aufgaben.“ Ein Offenbarungseid. Aber leider nicht der letzte Streich, denn der nächste folgt sogleich. Natürlich wieder auf Kosten der Kommunen:

Am 19. Juni hatte die Landesregierung mit großem Tamtam eine Lösung für die unter der Last ihrer Altschulden ächzenden Kommunen vorgestellt. Ihr könnt mir glauben, selten habe ich eine Pressemitteilung mit mehr hoffnungsvoller Spannung gelesen. Die verflog aber ebenso unverhofft, wie sie kam: denn beim genauen Lesen entpuppte sich die vermeintlich großzügige „Hilfe“ der Landesregierung als einfache Täuschung: Statt wie angekündigt, den Kommunen bei der Entschuldung zu helfen, wollte sie den Kommunen schlicht Geld aus der Grunderwerbssteuer wegnehmen, um dieses zur Schuldentilgung einzusetzen. Das Prinzip „Linke Tasche – rechte Tasche. Die Landesregierung will also, dass die Kommunen ihre Schulden gefälligst selbst bezahlen sollen, aber das Land wollte dafür noch die Lorbeeren einheimsen.

Dass das nicht gut gehen konnte, versteht sich. So kassierte die Landesregierung ihre Schnapsidee nach Kritik von Kommunen und Opposition bereits am 22. August wieder ein. Um die Altschulden werde sie sich dann 2024 wieder kümmern. Wir werden sehen, ob das ein Versprechen oder eine Drohung ist. Bleibt zu hoffen, dass die Lösung im kommenden Jahr länger als 8 Wochen hält, aber bis dahin werden die Kommunen weiterschmoren und sich fragen: Wie finanziere ich meine Schwimmbäder, Bibliotheken, Parkanlagen, Schulen und Kitas weiter?

Der nächste Kahlschlag: Wüst spart den Sport kaputt

Bei Ministerpräsident Wüst ist Sport Chefsache. Die Zuständigkeit hierfür liegt in der Staatskanzlei. Das war es dann aber auch schon mit Chefsache. Im aktuellen Haushaltsentwurf plant die Landesregierung bei der Sportförderung Kürzungen von 7,3 Mio. Euro. Und damit meine ich nicht den kommerziell erfolgreichen Spitzensport, sondern die ehrenamtlich und mit viel Herzblut getragenen Angebote in unseren Vereinen vor Ort: Von Fußball bis Schwimmkurs, die Landesregierung riskiert einen Kahlschlag in unserer Sportlandschaft.

Dabei hat kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich eine so hohe soziale, gesundheitliche, integrierende und Respekt schaffende Bedeutung wie der Sport. Und erinnern wir uns: Beim Sport brennt es seit Jahren. Es fehlen Übungsleiter*innen und Trainer*innen an allen Ecken und Enden. Wer für seine Kinder einen Schwimmkurs sucht, geht oft leer aus. Genau, dann weiß man auch, warum die DLRG schätzt, dass sechs von zehn Kindern am Ende der Grundschule keine sicheren Schwimmer sind. Und auch der Zustand unserer Sportstätten ist äußerst bescheiden. Hinzu kommen die Pandemie und jetzt die Energiekrise. Viele Vereine wissen einfach nicht mehr, wie sie ihr Angebot aufrechterhalten sollen.

Echte Chefsache macht Hendrik Wüst übrigens auch an anderer Stelle. Hier aber ohne Kürzungen: bei der Luxussanierung seiner repräsentativen Staatskanzlei in Millionenhöhe. Ich sage: Schwarz-Grün spart eindeutig am falschen Ende.

Kleine Anfrage „Welche Auswirkungen haben die geplanten Kürzungen des Landessportplanes auf den Sport in Dortmund?“: rb.gy/ryf16

Mit einem Sofortprogramm wollen wir den Investitionsstau in den Krankenhäusern beseitigen

In NRW herrscht ein Investitionsstau in Höhe von inzwischen 16 Milliarden Euro. Der jährliche Investitionsbedarf liegt bei 1,85 Milliarden Euro. Die Landesregierung stellt mit 765 Millionen Euro nicht einmal die Hälfte der notwendigen Investitionsmittel bereit. Dass das zu wenig ist, ist unumstritten. Der Investitionsstau macht sich auch bei den laufenden Kosten wie z.B. dem Energieverbrauch bemerkbar. Investitionen in medizinische Spitzentechnologien, in Gebäudetechnik und Klimaschutz verlangen den Krankenhäusern eine Menge ab. Eine Erhöhung der Mittel für den Haushalt 2024 ist für die nachhaltige Rettung der Krankenhäuser unverzichtbar. Wir haben deshalb in der letzten Plenarwoche ein Sofortprogramm für die Krankenhäuser eingefordert.

Entschließungsantrag „Krankenhäuser, Kitas, Schulen in Not und NRW duckt sich weg – Das Land muss seiner Verantwortung nachkommen und endlich handeln!“: rb.gy/wq6t2

Kommunen warten vergeblich auf Hilfe bei der Unterbringung geflüchteter Menschen

Leider ein Dauerthema: Unsere Städte und Gemeinden mühen sich weiter ab, die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten sicherzustellen. Denn die Kapazitäten sind knapp, es fehlt an Platz und Geld (ich berichtete davon schon im letzten Newsletter).
Doch obwohl der erste Hilferuf aus den Kommunen die Landesregierung bereits im Spätsommer 2022 erreichte, wir eine Erhöhung der Aufnahmekapazitäten der Landesunterbringungseinrichtungen gefordert haben und der Bund weitere Mittel zur Unterbringung an die Länder bereitstellt: Die schwarz-gelbe Landesregierung schaut nur zu. Sie behält sogar die Bundesmittel in Höhe von 670 Millionen Euro für die Unterbringung für sich, statt sie an die Kommunen weiterzuleiten. Dabei brauchen sie das Geld dringend, sie bringen schließlich den Großteil der hier angekommenen Menschen unter!
Wir erleben eine überforderte Flüchtlingsministerin Josefine Paul (Grüne), die es seit ihrem Amtsantritt gerade einmal geschafft hat, die landeseigenen Aufnahmeplätze von 30.000 auf 32.000 zu erhöhen. Damit unterbietet sie ihre eigenen Ziele von 34.500 und bei weitem den eigentlichen Bedarf, den die kommunalen Spitzenverbände bei 70.000 Plätzen sehen. Den notwendigen konstruktiven Austausch mit den Kommunen gibt es nicht, stattdessen hat sie zahlreiche Städte und Gemeinden auflaufen lassen, auf starre Standards beharrt und die Menschen vor Ort mit der Situation alleine gelassen.
Mir bleibt es absolut unverständlich, wie die Landesregierung die humanitäre Pflicht der Aufnahme von Geflüchteten so auf die Kommunen abwälzen kann. Denn die haben (Stichwort Altschulden) schon genug Probleme.

Antrag auf eine Aktuelle Stunde „Landesregierung muss endlich ihrer Aufgabe zur Schaffung von ausreichenden Plätzen für Geflüchtete in Landesunterkünften nachkommen – Kommunen dürfen nicht länger das Organisationschaos der Landesregierung ausbaden“: rb.gy/or4u2
Antrag „Keine klebrigen Finger – Land muss Bundesmittel vollständig weiterleiten“: rb.gy/krnv1
Antrag „Kommunen und Geflüchtete nicht weiter im Stich lassen –Land muss eigene Hausaufgaben machen“: rb.gy/msvsr

Mit einer*m unabhängigen Polizeibeauftragten das Vertrauen in die Polizei stärken

Die überwältigende Mehrheit der Polizist*innen in Nordrhein-Westfalen übt ihren oftmals anspruchsvollen und gefährlichen Dienst mit großer Gewissenhaftigkeit hohem Verantwortungsbewusstsein und viel Bürgernähe aus. Dennoch erleben wir immer wieder Fehlverhalten, Amtsmissbrauch, Diskriminierung und rassistische oder rechtsextreme Einstellungen einzelner Polizeibeamt*innen, die weitreichende Folgen für betroffene Bürger*innen haben und das Vertrauen in die Polizei verringern.
Die Etablierung eines bzw. einer unabhängigen Polizeibeauftragten in Nordrhein-Westfalen würde für die Beschäftigten der Polizei ein wichtiges Hilfsangebot schaffen und auch das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und der Polizei weiter stärken. Dieser soll nicht wie bisher von der Landesregierung eingesetzt, sondern vom Landtag gewählt und mit weitreichenden Kontrollkompetenzen und Informationsrechten ausgestattet werden. Leider haben die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen unseren Antrag in der letzten Plenardebatte abgelehnt. Dabei waren es gerade die Grünen, die ein solches Amt in der Vergangenheit eingefordert haben.

Antrag „Zusagen einhalten und Selbstblockaden beenden - Die Landesregierung muss den Weg zur Einführung eines bzw. einer unabhängigen Polizeibeauftragten frei machen“: rb.gy/pwran

Abgelehnt: unsere Initiative gegen Lebensmittelverschwendung

Jahr für Jahr landen in Deutschland etwa 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Der Großteil wird mit 59 Prozent von den Verbraucher*innen weggeworfen. Das entspricht etwa 78 kg Nahrung pro Kopf. Viel zu viel.

Denn Lebensmittelverschwendung bedeutet nicht nur den unnötigen Verlust wertvoller und knapper Ressourcen, sondern auch eine erhebliche Umwelt- und Klimabelastung. So beziffern die Vereinten Nationen die wirtschaftlichen Kosten durch Lebensmittelverschwendung weltweit mit rund einer Billion US-Dollar pro Jahr. Hinzu kommen jährliche Umweltkosten von rund 700 Milliarden Euro.

Deswegen haben wir im Einklang mit dem Ziel der Vereinten Nationen, bis 2030 die globale Lebensmittelverschwendung auf die Hälfte zu reduzieren, mit der FDP einen Antrag in den Landtag eingebracht: Darin machen wir viele Vorschläge, wie wir sorgsamer mit unseren Lebensmitteln umgehen können. Wir fordern darin zum Beispiel Aufklärungskampagnen über das Mindesthaltbarkeitsdatum, Anreize für den Einzelhandel, sorgsamer mit Lebensmitteln umzugehen, zu prüfen, unter welchen Bedingungen beim sogenannten Containern auf eine Strafverfolgung verzichtet werden kann oder die Förderung ehrenamtlicher Initiativen, die Lebensmittel vor der Entsorgung retten, wie z.B. der Foodsharing Dortmund e.V..

Und jetzt die Preisfrage: Hat es die schwarz-grüne Koalition (mit Betonung auf „grün“) interessiert? Man hätte ja meinen können, dieser Antrag fände den Beifall der Grünen. Aber weit gefehlt: Selbst in ihren Kernthemen, lassen die Grünen sich ihre Haltung von ihrem schwarzen Koalitionspartner diktieren. Der Antrag wurde also abgelehnt. Die völlig unnötige Verschwendung unserer Lebensmittel kann also weiter gehen.

Antrag „Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen“: rb.gy/8erry

Landesregierung lässt Fachhochschul-Pläne auf Smart-Rhino scheitern

Seit jeher ist die Fachhochschule Dortmund über verschiedene Standorte in der Stadt zerstreut. Die Planung für das ehemalige Hoesch-Spundwand-Gelände zwischen der Innenstadt und Dorstfeld bot die einmalige Chance, die FH-Standorte an einem Ort innenstadtnah zusammenzubringen. Und das in einem modernen Quartier, in dem Innovation im Mittelpunkt steht. Dafür hatte sich die frühere rot-grüne Landesregierung zusammen mit der Stadt Dortmund stark gemacht.

Bereits im letzten Jahr hatten wir Dortmunder Abgeordneten eine Kleine Anfrage gestellt, ob die Landesregierung immer noch hinter diesen Plänen stehe. Denn eine finale Zusage war Wissenschaftsministerin Ina Brandes (CDU) bis dahin immer noch schuldig geblieben. Und sie verweigerte auch in ihrer Antwort an uns eine klare Aussage.

Die kam dann nun in der Sommerpause wie ein Paukenschlag. Man lehne den Standort ab, weil man lieber selbst bauen und sich nicht beim Investor, der Essener Thelen-Gruppe, einmieten wolle. Fraglich ist, wieso Ina Brandes das jetzt erst moniert und ob ihre Entscheidung etwas damit zu tun hat, dass sie als potenzielle OB-Kandidatin der CDU Dortmund gehandelt wird. Ist Smart Rhino doch ein Herzensprojekt unseres Oberbürgermeisters Thomas Westphal.

Nun steht zur Debatte, ob die Fachhochschule alternativ an der Speicherstraße in der Nordstadt angesiedelt wird. Aber auch hier will sich die Landesregierung nicht festlegen. Im Grunde startet die Planung von vorne. Wir stehen wieder am Anfang und es macht nicht den Anschein, dass Wissenschaftsministerin Ina Brandes ein Interesse daran hat, die Fachhochschule Dortmund zu einer modernen, attraktiven Hochschule fortzuentwickeln.

Auf Tour durch die Kleingärten in meinem Wahlkreis

Die Sommerpause habe ich genutzt, um die Kleingartenvereine in meinem Wahlkreis zu besuchen. In 17 Gartenanlagen habe ich mich mit dem örtlichen Vorstand ausgetauscht und die Gärtner*innen in ihren Parzellen besucht. Wäre das Wetter nicht so schlecht gewesen, wären es noch ein paar mehr gewesen. Begleitet wurde ich dabei von vielen Rats- und Bezirksvertreter*innen und Ortsvereinsvorsitzenden.

Vor der Sommerpause hatten wir im Landtag einen Antrag eingebracht, mit dem wir das Kleingartenwesen weiterentwickeln und bestehende Anlagen schützen wollen. So fordern wir im Antrag, der momentan im Umweltausschuss des Landtags beraten wird, ein Förderprogramm für die Schaffung 5.000 neuer Kleingärten als Beitrag für klimaresiliente Städte in NRW, den Schutz bestehender Anlagen vor Umwidmung in Bauland, ein Förderprogramm für den Bau von Photovoltaikanlagen in Kleingartenanlagen, flexiblere Nutzungsmöglichkeiten, z.B. Kleinparzellen, Sharing-Angebote oder Urban-Gardening-Projekte in Kleingartenanlagen und einen Solidaritätsfonds, der Gartenpächter*innen mit kleineren Einkommen beim Erwerb oder der Sanierung einer Gartenlaube unterstützt.

Unsere Ideen kamen bei den Kleingärtner*innen gut an. Ich habe außerdem weitere Ideen und Anliegen mitgenommen, um die ich mich jetzt kümmern werde. Oft ging es dabei um eine nachhaltigere Wasser- und Stromversorgung, aber auch um die Förderung von sozialen und ökologischen Projekten. Einige Gärtner*innen nutzten aber auch die Gelegenheit, um mit mir über allgemeine politische Fragen zu diskutieren.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Zu Besuch bei der Biologischen Station Kreis Unna/Dortmund

Eigentlich wollte ich mich ja nur über die Finanzierung der Biologischen Stationen informieren und plötzlich stand ich mit den Mitarbeiter*innen der Biologischen Station Kreis Unna/Dortmund mitten in der Natur am Lanstroper See und konnte sehen, dass die Natur sich positiv entwickelt, wenn der Mensch sie lässt.

Die hauptamtlich geführten Biologischen Stationen sind in NRW aus dem ehrenamtlichen Naturschutz hervorgegangen und stellen heute ein Bindeglied zwischen dem ehrenamtlichen und dem kommunalen Naturschutz dar. Inzwischen existieren beinahe flächendeckend in fast allen Landkreisen Biologische Stationen. Sie sind in Vereinsträgerschaft in Kooperation mit den Naturschutzverbänden organisiert und werden vom NRW-Umweltministerium und den jeweiligen Kommunen finanziert.

Sie beraten die Kommunen und Naturschutzverbände zu Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, erstellen hierfür Biotopmanagementpläne und koordinieren die Pflegemaßnahmen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten.

Bei der Finanzierung dieser Aufgaben kommen sie allerdings immer öfter an Grenzen, da die Berechnungsgrundlagen für die Finanzierung durch das Land NRW mittlerweile 18 Jahre alt sind und seitdem nicht angepasst wurden. Wir setzen uns deshalb im Landtag für eine Überarbeitung der Förderrichtlinie „Biologische Stationen“ ein, mit dem Ziel einer auskömmlichen und zeitgemäßen Finanzierung der Biologischen Stationen und damit auch der Stärkung des Ehrenamtes im Naturschutz.

Radfahren an der B54 wird sicherer – oder doch nicht?

Sechs Unfälle mit zwei schwerverletzten und einem leichtverletzten Radfahrer*innen allein zwischen 2018 und 2021. Das ist die Bilanz allein am Radüberweg an der B54 in Höhe der Abfahrt Rombergpark. Hätte das verhindert werden können? Bereits vor fünf Jahren wurden von der Stadt Dortmund mehrere Maßnahmen für mehr Sicherheit angeordnet. Nicht alle wurden vom Landesbetrieb Straßen.NRW umgesetzt. Nach einer weiteren Ortsbegehung 2021 hatte die Stadt noch weitergehende Maßnahmen angeordnet. Diese wurden über drei Jahre lang ebenfalls nicht angepackt.

Das hatte der ADFC Dortmund angeprangert, wodurch ich auf diesen Missstand aufmerksam wurde. Ich schrieb sofort eine Kleine Anfrage an die Landesregierung. Und Landesverkehrsminister Oliver Krischer? Der sieht hier zwar keinen Unfallschwerpunkt, dennoch bot er an, Straßen.NRW mal zu bitten, die Maßnahmen doch noch umzusetzen. Über zwei Monate tat sich allerdings nichts. Erst nachdem der ADFC und ich nochmal die Presse einschalteten, wurde das neue Tempolimit an der Abfahrtsspur ausgeschildert. Was aber immer noch offen ist, ist die seit

2018 offene Erneuerung einer Sperrfläche und das dortige Anbringen akustischer Elemente (z.B. Kunststofflamellen), wenn man diese überfährt.
Es sieht so aus, als müsste der Minister nochmal an seine Zusage erinnert werden.

Kann Deutschland P+R?

Für eine erfolgreiche Verkehrswende ist ein nahtloser Umstieg zwischen den Verkehrsträgern Auto, Bus, Bahn und Fahrrad elementar. Dafür brauchen wir die passende Infrastruktur. Eine ausreichende Zahl an Parkplätzen an Verkehrsknotenpunkten ist gut, Barrierefreiheit, Sicherheit, Information, Ladepunkte für E-Autos und E-Bikes und grundsätzlich sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind weitaus besser.

Der Autoclub Europa (ACE), Teil der sozialdemokratischen Familie, untersuchte deshalb in diesem Sommer bundesweit die Qualität der vorhandenen Park+Ride-Parkplätze. Die SPD-Landtagsabgeordneten aus NRW waren dazu eingeladen, den ACE bei seinen Bewertungsbesuchen zu begleiten. Dieses Angebot nahm ich an und testete gemeinsam mit Roger Zwiehoff, Regionalbeauftragter des ACE für NRW und Dortmunder Genosse, die P+R-Parkplätze in Kley, Oespel, Hombruch und Barop. Begleitet wurde ich dabei von meinem Abgeordnetenkollegen Volkan Baran, den Hombrucher Ratsvertreter*innen Silvya Ixkes-Henkemeier und Norbert Schilff und den Lütgendortmunder Bezirksvertreter*innen Erika Wehde und Andreas Lieven.
Die gute Nachricht vorweg. Die kommunalen P+R-Parkplätze können sich sehen lassen und haben alle bestanden. Unsere Rats- und BV-Vertreter*innen nahmen aber auch wichtige Anregungen mit, wie sich die Parkplätze noch weiter verbessern lassen. Der P+R-Parkplatz am Baroper S-Bahnhof schnitt jedoch schlecht ab. Da der S-Bahnhaltepunkt in den nächsten Jahren inklusive

P+R-Parkplatz an neuem Ort (Höhe Parkhaus Barop) neu gebaut wird, ist diese Bilanz aber nicht schmerzlich.

Raus zu den Menschen

Politiker*innen gehören auf die Straße, denn dort sind die Menschen, für die wir Politik machen. In der Sommerpause ging es deshalb für mich mit dem Infostand zur mobilen Bürgersprechstunde in die Stadtbezirkszentren in Hörde, Hombruch und Lütgendortmund. Es ist mir einfach wichtig, von den Menschen zu erfahren, wie sie die aktuelle Politik in Bund, Land und Kommune wahrnehmen und wo gerade der Schuh drückt - nicht nur im Wahlkampf! Und deshalb wird dieses Format auch in naher Zukunft wiederholt.

Schüler*innen der Georgschule bedankten sich im Landtag für Unterstützung

Die Schüler*innen der Georgschule in Dortmund haben über ein Jahr lang dafür gekämpft, dass mehrere ihrer Lehrer*innen an der Schule weiterbeschäftigt werden dürfen. Hintergrund war einer Änderung der Ersatzschulverordnung. Lehrkräfte an Waldorf-Förderschulen durften fortan nicht mehr berufsbegleitend ihre sonderpädagogische Zusatzausbildung absolvieren.
Gemeinsam mit den Schüler*innen konnten wir nun erreichen, dass es wieder eine Ausnahmegenehmigung gibt, so wie es über viele Jahrzehnte der Fall war. Dafür setzte sich unsere schulpolitische Sprecherin Dilek Engin, mit der Volkan Baran und ich im April die Georgschule besuchten, im Schulausschuss ein. Zuvor hatte ich die Schulministerin persönlich angeschrieben und um Unterstützung gebeten, damit die betroffenen Lehrer*innen an der Schule bleiben können.
In der letzten Woche besuchte uns nun Teil der Schülerschaft im Landtag und ich war richtig gerührt, wie herzlich die Schüler*innen sich bei uns für unser Engagement bedankt haben.

Besuchergruppen im Landtag

Neben der Georg-Schule durfte ich aber auch noch weitere Besuchergruppen im Landtag begrüßen. Im August besuchten mich die AWO-Ortsvereine Eichlinghofen und Menglinghausen und im September der SoVD Lütgendortmund und der Werkstattrat der Werkstätten der AWO Dortmund. Schließlich nahmen Referendar*innen des Zentrums für schulpraktische Lehrerausbildung an einer Informationsveranstaltung „Lernort Landtag“ teil und diskutierten anschließend mit mir über die Arbeit an den Berufskollegs und den Stellenwert politischer Bildung.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Es gab etwas zu feiern: 100+2 Jahre Stadtverband Dortmunder Gartenvereine.

Mit Volkan Baran und SPD-Ratsvertreter Cüneyt Karadas besuchte ich die Beratungsstelle „Willkommen Europa“ für südosteuropäische Migrant*innen.

Sommerfest in der AWO-Seniorenwohnstätte Eving

Netzwerken – aber wie? Als Referentin beim Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Sommerempfang der SPD Dortmund.

Trinkhallentour der SPD Hombruch

Christopher Street Day

Pause muss sein: Nach der Mobilen Sprechstunde in Hörde.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

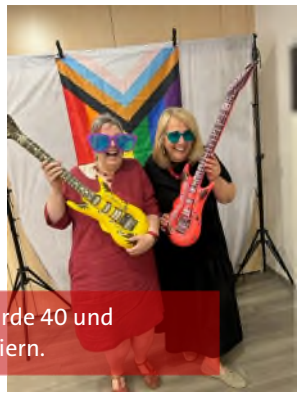
Besuch der Ausstellung „Der Überfluss gehört zum Fest! Nicht zum Alltag!“

Pflaumenkirmes in Lüdo

Ein Geschenk aus dem Senegal. Abassee Soo besuchte mich im Wahlkreisbüro.

AWO-Soli-Aktion für die Engagierten gegen Rechts in Südbrandenburg.

Das Eugen-Krautscheid-Haus wurde 40 und viele Gäste kamen zum Feiern.



Tag der Ausbildung der AWO Dortmund.

Flagge zeigen in der Pride Week.

Veranstaltung zum Antikriegstag in der Steinwache mit NRWs IG-Metall-Chef Knut Giesler

Jubilarehrung im AWO-Ortsverein Benninghofen/ Wellinghofen

Einmal im Jahr geht es mit dem Stadtverband Dortmunder Gartenvereine zur Anlagenfahrt durch Dortmund. Hier beim Start im Gartenverein „Zur Sonnenseite“ in Eving.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Tag der Vereine in Hombruch. Die SPD war natürlich mit dabei.

Immer wieder eine tolle Feier. Sommerfest beim SoVD Lütgendortmund.

Sommerfest bei der AWO in Brackel.

Auftakt der AWO-Kampagne „Begegnung verändert“

In Köln ging ein breites Bündnis gegen eine Demo von Abtreibungsgegner*innen auf die Straße. Meine Bundestagskollegin Leni Breymayer und die AsF waren mit mir dabei.

Austausch mit der LAG Kommunale Gleichstellungsstellen

„Die andere Seite“ – Ausstellung in der SPD-Landtagsfraktion

Zukunft des Ruhrgebiets – Mandatsträgerkonferenz der RuhrSPD